

# **Les Fils et Filles des déportés juifs de France**

**Beate und Serge Klarsfeld**

**32 rue de la Boétie**

**75008 PARIS**

**An den Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, Herrn Dr. Dieter Salomon**

**An die Damen und Herren Gemeinderäte der Stadt Freiburg**

**Rathausplatz 2-4**

**D-79098 FREIBURG iB**

## **Eingeschrieben**

Paris, den 25 Oktober 2017

Sehr geehrter Herr Salomon,

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

mit großem Interesse verfolgen wir, was in Ihrer wunderschönen Stadt geschieht. Insbesondere der Umgang mit der jüdischen Vergangenheit, wie er in den letzten Jahren, Monaten und Tagen ersichtlich war, hat uns zutiefst verstört.

In der Nacht vom 09. auf den 10. November 1938 zündeten Freiburger SA und SS Einheiten die Synagoge ihrer jüdischen Freiburger Mitbürger an. Sie verhinderten, dass die anrückende Feuerwehr den Brand der Synagoge löschen konnte, und so brannte diese vollkommen aus. Dies geschah an vielen Orten in Deutschland auf die gleiche Weise insgesamt mehr als 1.400 Mal. Auch die folgenden Geschehnisse der Verfolgung, des Abtransportes und der massenhaften Tötungen liefen in ganz Deutschland ziemlich einheitlich ab. So kam es, dass von 1.300 Juden im Jahre 1929 in Freiburg im Jahre 1942 kein einziger mehr übrig war. Freiburg war keine Ausnahme.

Es scheint uns jedoch, dass Freiburg in der letzten Zeit eine Ausnahme geworden ist, und wir möchten Ihnen auch mitteilen, warum wir zu dieser Ansicht gelangen. Es kommt uns dabei darauf an, die entscheidenden Weichenstellungen aufzuzeigen, die dazu geführt haben, dass man heute in Freiburg eine „lebendige Debatte“ über „lebendiges Gedenken“

um die Vernichtung einer jüdischen Synagoge und die folgende Ausmerzung jüdischen Lebens in Freiburg führen muss.

Wir sparen die direkten Nachkriegsjahre und den gerichtlichen Vergleich von 1948 aus, der ja am Ende zementiert hat, was die Nationalsozialisten selbst getan oder aber zugelassen haben, denn einen wirklichen Ausgleich für die Vernichtung des Gotteshauses und der Schändung des jüdischen Friedhofes, hat es de facto nie gegeben.

Kein Wunder, wenn nach dem Krieg die handelnden Personen bei Behörden und Gerichten in aller Regel auch diejenigen waren, die schon die Brandstifter und die Anführer der Enteignung jüdischen Vermögens ungeschoren ließen.

Die Ursachen liegen auch nicht in den folgenden Eigentumsübergängen des Grundstücks und den daraus folgenden Auflagen, und auch nicht im Bau einer neuen Synagoge auf einem dafür geeigneten Grundstück in der Stadtmitte. Das alles ist für die heutigen Irritationen relativ unbedeutend. Aus unserer Sicht müssen wir den Zeitraum ab 2004 bis heute näher betrachten und uns und natürlich auch Sie fragen, was dazu geführt hat, dass Freiburg heute bezüglich des Umganges mit Juden, insbesondere des würdigen Gedenkens eher eine Ausnahme in Deutschland, als die Regel, darstellt.

Wir haben uns sagen lassen, dass es ein wichtiges Anliegen der Stadt gewesen sei, dass der Platz der alten Synagoge auch einen Nutzen für vielerlei Veranstaltungen biete. Das verstehen wir. Was wir nicht verstehen ist die unwürdige frühe Darstellung, in Gemeinderatsunterlagen, die Synagoge sei kein Sakralbau gewesen. Das ist eine klar abwertende, profanierende und damit banalisierende Deutung.

Wir wollen über diese Deutung hier nicht diskutieren. Sie steht allerdings im starken Widerspruch zur Handhabung in hunderten von anderen ähnlichen Fällen in Deutschland.

Diese Deutung führt dazu, dass die wider Erwarten 2016 gefundenen Fundamentreste als „nicht heilig“ und damit als minderere Fall im Sinne der Restaurierung und Einbettung in eine Gedenkstätte abqualifiziert wurden. Ganz davon abgesehen, dass im Umgang mit den jüdischen Beteiligten von Anfang an klargemacht wurde, dass es höchst unwahrscheinlich sei, dass Fundamente gefunden werden und wenn, dass es sich nur um unbedeutende Reste handeln könne. Diese Aussagen waren ursächlich für die „Bereitschaft“ jüdischer Beteiligter am Verfahren schon im Vorfeld eine Art Verzicht auszusprechen, sollte es trotzdem zum Auftauchen von Fragmenten kommen. Dieses Vorgehen war berechnend und widerspricht guten Sitten in einem offenen Austausch von Interessen. Denn noch am 21.03.2006 wusste man, dass Fundamente mit einer Überdeckung von ca. 30 cm vorhanden sein müssen. In der Folge kam es, wie es kommen musste und die Fundamente wurden offengelegt und in einer Blitzaktion, ohne viel Federlesens mit Geotextilien abgedeckt und mit Erde „konserviert“. Selbstverständlich wäre eine Änderung des Planes möglich gewesen, die Fundamentreste in die Anlage des Platzes, vor Witterung geschützt, einzubetten. Aber da es sich bei einer Synagoge ja um keinen Sakralbau handelte, war diese Aktion nur Ihre logische schändliche Folge.

Mit diesem Verhalten wurde Vertrauen verspielt, das man in der Folge dringend gebraucht hätte. Denn schon im August, statt wie geplant im November 2017 wurde der fertige Multifunktionsplatz mit eingebautem Gedenken fertiggestellt. Die Planer hatten einen Wassertisch als Element ausgesucht und ihm mit einer Unterwasser-Installation der Gedenkplatte die Rolle des Ortes der Erinnerung und der Mahnung zugeordnet. Doch dieser Wassertisch hatte bei hohen Temperaturen, völlig unerwartete Anziehungskraft bei Jung und Alt ausgelöst und wurde so zum schnell erfundenen Ort des lebendigen Gedenkens, statt wie geplant zum Ort des stillen Erinnerns und Mahnens. Mit Trauer sehen wir, dass dieser Ort nun komplett banalisiert wurde in Verbindung mit den immer wieder vorgebrachten „Argumenten“, dass man planschende Kinder doch als Sinnbild des Lebens sehen müsse. Leider wurde auch wieder von Architekten und Amtsträgern das Argument des fehlenden Sakralcharakters des Ortes gebracht und wir gestehen, da macht uns sogar wütend. Auch der Fingerzeig, dass die jüdischen Beteiligten am Verfahren stets zu allem ja gesagt hätten, durfte nie fehlen. Dabei gab es Äußerungen über die Gefahr des Planschens in einem

Wasserbecken, das ja genau dazu einladen könnte. Dies wurde abgetan, denn der Wasserspiegel solle ja den Himmel darstellen. Mehr nicht.

Warum allerdings ganz offensichtlich nur wenig über die Möglichkeiten von Fehlnutzungen nachgedacht worden ist, verstehen wir nicht. Viele Menschen haben sich in der Zwischenzeit gemeldet und es zeigt sich wieder einmal, dass im Disput, der dieser Sache angemessen sein sollte, die Stimmen nicht fehlen, die diese Angelegenheit nutzen Stimmung für die Palästinenser und gegen Israel zu machen. Von der nicht enden wollenden Schuld der Folgegeneration ist die Rede, von eingeredeteten Komplexen, mangelnder Freiheit und so weiter. Eine unnötige Eskalation, die auch dadurch hervorgerufen wurde, dass man die jeweilige Tragweite Pläne und Einzelaktionen nicht bedachte. Die Kinder sind im Brunnen. Wer denn noch alles? Muss nicht eine Mutter das Kleinkind begleiten? Wie soll sie sich denn kleiden? Wohin mit dem kleinen mitgeführten Hund? Soll der Vater draußen bleiben?

Wo möchten Sie den Anfang machen und wo das Ende? Leider haben Sie das jedoch selbst zu verantworten. Wir bitten und appellieren:

1. Suchen Sie die Gemeinsamkeit aller und nicht die Differenzen in den Meinungen Ihrer Partner.
2. Klären Sie schnell, was denn die genaue Bestimmung dieses Ortes im gesamten Platz sein soll.
3. Machen Sie den Nutzern klar, wo sie sich befinden. Schildern Sie klar, was dort geschehen ist. Verbieten Sie den Missbrauch dieses Ortes, wenn Sie zu dem Ergebnis kommen, dass es sich um ein Denkmal handelt. Es sind in Deutschland hunderte Denkmäler und Gedenkstätten den Ereignissen der einen Nacht entsprechend errichtet worden.

Freiburg kann in dieser Frage nur noch gewinnen.

Wir stehen voll hinter folgenden Forderungen:

- Einbindung aller Juden in die Gespräche mit der Stadt, die in Beziehung zu diesem Ort stehen mit demografischer und demokratischer Gewichtung, also sowohl der Freiburger israelitischen Gemeinden als auch der Nachkommen, jeweils durch ihre Sprecher.
- Bestehen auf der Eigenschaft als "Gedenkstätte". Der Ort der Alten Synagoge muss eine würdige Gedenkstätte sein, wie Sie es letztes Jahr versprochen haben (und nicht nur ein Erinnerungsort). Es geht um die Erinnerung und um das Gedenken an die Alte, zerstörte Synagoge, um das Verschwinden der damaligen israelitischen Gemeinde und um die geflohenen, vertriebenen und ermordeten Freiburger Mitglieder der Gemeinden.
- Mehrere Hinweistafeln um den neuen Wasserbrunnen mit klaren und eindeutigen Texten, um zu erklären, was am Ort der Alten zerstörten Synagoge und mit der damaligen israelitischen Gemeinde von 1933 bis 1940/1942 passiert ist.
- Änderung des Textes der im Wasser versteckten Platte, und Wiederaufstellung außerhalb des Wassers, mit einem klaren und eindeutigen Text.
- Erstellung eines Gedenkortes (in dem auch die Gedenkplatte untergebracht sein kann), mit den im letzten Jahr „geretteten“ Steinen, z.B. Aufbau von durch Glaswände gedeckten Mauern am Platz des damaligen Thoraschranks, so dass sowohl Steine als auch Gedenkplatte Vandalismus-sicher eingebettet sind. Dies muss innerhalb der Umrisse des jetzigen „Wassertisches“ aus statischen Gründen gehen.
- Eine Tafel mit der Nennung aller während des zweiten Weltkrieges verstorbenen und ermordeten Freiburger Juden wäre, wie andernorts sehr angebracht, da es nirgends in Freiburg solch eine öffentliche Tafel existiert.
- Wiederaufstellung des „Gurs“ Schildes an der Ecke der Platz der Alten Synagoge, wo es stand, oder in der Nähe der Alten zerstörten Synagoge.

- Wir erlauben uns auch den Hinweis, dass die Hinzuziehung eines Fachmannes für Erinnerungskultur die größten Irritationen der vergangenen Jahre verhindert hätte. Vielleicht wäre das wichtiger gewesen als Moderationen, deren Ausgang diplomatisch gesagt früh erkennbar waren.

Ein lieber Freund, Franzose und Verwandt des Erbauers der Freiburger Alten zerstörten Synagoge, hat uns über die Neuerungen im Freiburger Fall des „seltsamen Gedenkens“ berichtet. Er vertritt ca. 400 Juden, die als Nachfahren der Freiburger Juden gelten, welche die Synagoge erbaut hatten und in ihr gebetet haben. Warum er an den Moderationsverfahren nicht teilnehmen darf, weil ihm die Legitimation fehlt, sollte man einmal ergründen. Warum fehlen 400 Juden weltweit die Legitimationen am Schicksal „ihrer Synagoge“ teilhaben zu dürfen? Der Grund liegt viele Jahre zurück! Sie erst gar nicht anzuhören entbehrt jeglichen Taktgefühls und geschichtlichen Bewusstseins.

In der Hoffnung auf Gehör verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Beate KLARSFELD

Serge KLARSFELD